

Hinweise zur Datenverarbeitung an Mandantschaft (Unternehmen)

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Die Erfassung, Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt in eigener Verantwortung durch:

Anwaltskanzlei Büschel-Girndt|Hofer|Kestel Partnerschaftsgesellschaft

Mohrenstraße 14a, 96450 Coburg

Tel.: 09561 2383450; Fax: 09561 23834521; Mail: info@anwaltskanzlei-bghk.de

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck sowie deren Verwendung

Im Rahmen der Bearbeitung des uns erteilten Mandates erfassen, speichern und verarbeiten wir folgende Informationen Ihres Unternehmens:

- Firma, bzw. Geschäftsbezeichnung,
- Name, Vorname des/der Inhaber, bzw. Geschäftsführer
- postalische Anschrift, Telefonnummer, E-Mail Adresse, u.a. Kontaktdaten
- Bankverbindung
- Informationen über Mitarbeiter, soweit diese zur Kommunikation mit dem jeweiligen Ansprechpartner erforderlich sind.
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung der Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als Beteiligten (Gegner oder Dritten, bzw. dessen Vertreter) identifizieren zu können
- zur Korrespondenz mit Ihnen
- zur Erfassung des Sachverhaltes, an dem Sie beteiligt sind oder waren
- um unsere Mandantschaft angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;

Die Datenverarbeitung erfolgt zum Zweck der sachgerechten Mandatsbearbeitung und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die Durchsetzung der Interessen und Ansprüche unserer Mandantschaft erforderlich. Es besteht somit ein berechtigtes Interesse für die Erhebung, Speicherung und Verarbeitung Ihrer Daten.

Die von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis 10 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde, gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO für die ordnungsgemäße Bearbeitung der Angelegenheit erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an die Mandantschaft, Gerichte, Gerichtsvollzieher, Drittschuldner und andere Behörden.

Zudem verwenden wir, soweit zur Durchsetzung der Ansprüche unserer Mandantschaft erforderlich, die Daten zum Zwecke von Anfragen aus Registern (z.B. Handelsregister, Vollstreckungsportal, Insolvenzbekanntmachungen) und für Anfragen bei Auskunftsdiensten (Einwohnerregister, Inkassodienste ect.).

Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

4. Betroffenenrechte

Gemäß DSGVO haben Sie verschiedene Rechte in Bezug auf die von uns erhobenen Daten, die jedoch im Hinblick auf die Besonderheit anwaltlicher Tätigkeit Einschränkungen unterliegen:

- Gemäß Art. 15 DSGVO sind Sie grundsätzlich berechtigt, Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Von uns ist aber nur insoweit Auskunft zu erteilen, als die Bekanntgabe der Daten zu keinem Verstoß gegen die umfassende anwaltliche Schweigepflicht führt (§29 Abs. 1 S. BDSG i.V.m. § 43 Abs. 2 BRAO).
- Gemäß Art. 16 DSGVO sind Sie berechtigt, unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder die Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen. Bitte informieren Sie uns, sollten die von Ihnen erhobenen Daten unrichtig sein oder werden.
- Ein Recht auf Löschung der erhobenen Daten gemäß Art. 17 DSGVO besteht nicht, weil die von uns erhobenen Daten zur Geltendmachung und Ausübung von Rechtsansprüchen unserer Mandantschaft notwendig sind (Art. 17 Abs. 1 lit. A DSGVO). Nach Abschluss der Angelegenheit müssen die Daten zu Dokumentationszwecken vorgehalten werden (Art. 17 Abs. 1 lit. A DSGVO).
- Das Recht, gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, besteht nicht, weil wir diese zur Ausübung von Rechten und Geltendmachung von Ansprüchen unserer Mandantschaft, somit zum Schutz der Rechte unserer Mandantschaft, erheben, speichern und verarbeiten. Dies gilt auch im Falle eines Widerspruchs nach Art. 21 DSGVO.
- Gemäß Art. 77 DSGVO können Sie sich bei einer Aufsichtsbehörde beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.